

Antrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, Wolfgang Dehnel, Jochen Feilcke, Karin Jeltsch, Michael Jung (Limburg), Ursula Männle, Dr. Christian Ruck, Ulrich Schmalz, Andreas Schmidt (Mülheim), Christian Schmidt (Fürth), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Harald Schreiber, Dr. Paul Laufs, Wolfgang Vogt (Düren), Michael Wonneberger, Volker Kauder, Erika Reinhardt, Heribert Scharrenbroich, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Paul Breuer, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Maria Eichhorn, Wolfgang Engelmann, Dirk Fischer (Hamburg), Herbert Frankenhauser, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Dr. Renate Hellwig, Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Ernst Hinsken, Joachim Hörster, Dr. Paul Hoffacker, Josef Hollerith, Siegfried Hornung, Claus Jäger, Georg Janovsky, Dr. Egon Jüttner, Steffen Kampeter, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Franz Heinrich Krey, Theo Magin, Dr. Dietrich Mahlo, Erwin Marschewski, Günter Marten, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Engelbert Nelle, Ulrich Petzold, Rosemarie Priebus, Dr. Bernd Protzner, Kurt J. Rossmanith, Roland Sauer (Stuttgart), Heinz Schemken, Trudi Schmidt (Spiesen), Michael von Schmude, Heinrich Seesing, Bärbel Sothmann, Karl-Heinz Spilker, Ferdi Tillmann, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Dr. Roswitha Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Horst Friedrich, Jörg Ganschow, Dr. Helmut Haussmann, Dr. Burkhard Hirsch, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Arno Schmidt (Dresden), Gerhard Schüßler, Dr. Sigrid Semper, Dr. Cornelia von Teichman, Ingrid Walz, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Burkhard Zurheide und der Fraktion der FDP

Entfaltung der privaten unternehmerischen Initiative in der „Dritten Welt“

Das weltweite Scheitern der sozialistischen Planwirtschaften hat auch in den Entwicklungsländern diejenigen Kräfte ermutigt, die politische und wirtschaftliche Reformen anstreben:

- Wirtschaftliche Defizite und Unterentwicklung werden zunehmend als Folge von Fehlentscheidungen im gesellschaftlich-politischen Bereich erkannt.
- Es wächst die Überzeugung, daß privatwirtschaftliches Handeln und Wettbewerb die treibenden Kräfte für den wirtschaftlichen Fortschritt sind.

- Immer mehr politisch Verantwortliche sehen in der ökologisch orientierten Sozialen Marktwirtschaft nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern ein gesellschafts- und sozialpolitisches Programm, das die Würde des Menschen und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit am besten sichert.
- Mit dem demokratischen Umbruch in vielen Entwicklungsländern und der Überwindung des Ost-West-Konflikts verlieren die herrschenden Dritte-Welt-Eliten den Spielraum zur Selbstprivilegierung.

Es ist erforderlich, den Reformprozeß durch eine umfassende entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu unterstützen; hierbei kommt der Entfaltung privater unternehmerischer Initiative als des zentralen Motors wirtschaftlicher Entwicklung entscheidende Bedeutung zu.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- 1.1 Der erste und entscheidende Schritt zur Überwindung der Unterentwicklung besteht für ein Land darin, ein leistungsfähiges Gesellschaftsmodell im Inneren durchzusetzen. Ohne eine eindeutige Grundsatzentscheidung der Entwicklungsländer für Demokratie und eine ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft bleiben alle Hilfen von außen wirkungslos.
- 1.2 Der Staat soll auch in einem Entwicklungsland
 - nicht privilegieren und marginalisieren, sondern Chancengerechtigkeit schaffen,
 - nicht Initiativen bremsen, sondern Energien freisetzen,
 - nicht primär umverteilen, sondern Produktivität und Wohlstand fördern.
- 1.3 Immer mehr Entwicklungsländer versuchen, die genannten Ziele durch eine Politik struktureller Reformen zu verwirklichen. Sie benötigen hierbei umfassende Unterstützung.
 - 1.3.1 Zur Durchsetzung der erforderlichen politischen und ökonomischen Strukturveränderungen kann Entwicklungszusammenarbeit in vielfältiger Weise beitragen; im Mittelpunkt muß dabei die Stärkung des privaten Sektors stehen, wobei eine Förderung grundsätzlich kleine, mittlere und größere Unternehmen umfassen muß; die Förderung der Kleinstunternehmen im „informellen Sektor“ ist gleichzeitig zu verstärken.
 - 1.3.2 Eine volle Entfaltung des in Entwicklungsländern vorhandenen ökonomischen Potentials scheitert in erster Linie an der staatlichen Administration. Die Vielzahl von Verordnungen, die Genehmigungspraxis einer ausufernden Bürokratie und fehlende Rechtssicherheit treibt die Kleinstunternehmen in die Schattenwirtschaft, ohne staatlichen Schutz oder Förderung, in der Regel ohne

Zugang zur kommunalen Infrastruktur und zu Finanzierungs- und Versicherungsinstitutionen. Es ist daher erforderlich, die bestehenden Hemmnisse für die Entfaltung unternehmerischer Initiative zu beseitigen und den privaten Sektor verstärkt über nichtstaatliche Strukturen zu fördern.

- 1.3.3 Um die Massenarmut zu überwinden, bedarf es vor allem der Entfaltung von Selbsthilfeinitiativen breiter Bevölkerungsschichten. Das Instrumentarium zur Förderung der Privatwirtschaft in den Entwicklungsländern muß den Erfordernissen angepaßt und ergänzt werden, wobei die Zielgruppe Frauen künftig verstärkt zu berücksichtigen ist.
 - 1.3.4 Der „informelle Sektor“ erfüllt in den Entwicklungsländern wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben. Zum „informellen Sektor“ gehören diejenigen Produzenten und Händler, die legale Ziele verfolgen, ohne vom Staat juristisch und fiskalisch erfaßt zu sein. Die zunehmende Zahl der Beschäftigten im „informellen Sektor“, sein wachsender Anteil an der Volkswirtschaft zeigt seine Dynamik ebenso wie seine Funktion als „Überlebenswirtschaft“.
 - 1.3.5 Die Förderung der privaten Wirtschaft in den Entwicklungsländern muß daher die Bedürfnisse und das Selbsthilfepotential des informellen Sektors einbeziehen.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung
 - gemäß den Vorgaben aus den Regierungserklärungen des Bundeskanzlers die Förderung der privaten Initiative in den Entwicklungsländern zu einem Schwerpunkt künftiger Entwicklungspolitik aufwertet;
 - die Entwicklung angepaßter Selbsthilfemodelle verstärkt fördert;
 - sich um eine Stärkung ihrer Instrumente zur Förderung der privaten Wirtschaft in der Dritten Welt bemüht.
 3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik an dem ordnungspolitischen Grundkonzept der ökologisch orientierten Sozialen Marktwirtschaft festzuhalten und die Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der privaten Initiative auf folgenden Ebenen zu verstärken und international zu koordinieren:
 - Reform der gesellschaftlich-politischen und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen,
 - Unterstützung der Förder-Institutionen der privaten Wirtschaft und geeigneter Selbsthilfeorganisationen,
 - Förderung des vorhandenen Unternehmerpotentials.
- 3.1 Rahmenbedingungen
 - 3.1.1 Die Bundesregierung soll die Vergabe von Entwicklungshilfemitteln an den Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer orientieren, die diese für die Schaffung der notwendigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und

ökologischen Rahmenbedingungen unternehmen. Darin müssen die Beachtung der Menschenrechte sowie die Reduzierung übermäßiger Rüstungsausgaben enthalten sein; festgeschriebene Länderquoten soll es nicht geben.

3.1.2 Die Schaffung geeigneter politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist die beste Voraussetzung für eine wirkungsvolle Unterstützung des Privatsektors. Als vorrangig hierfür werden erachtet:

- a) Gewerbefreiheit
- b) Besitz- und Eigentumsgarantie
- c) Geldwertstabilität
- d) Vertragsfreiheit
- e) Entwicklung eines Rechtssystems, in dem wirtschaftliche Tätigkeit sachgerecht ablaufen kann
- f) Transparenz staatlichen Handelns
- g) Beteiligung an Entscheidungen der Regierung
- h) Rechtsschutz
- i) unabhängige Rechtsprechung
- j) Beschränkung auf sinnvolle Staatsausgaben
- k) Schutz vor Schaden durch staatliche und private monopolistische Wirtschaftstätigkeit.

3.1.3 Zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen wird außerdem auf den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 16. Mai 1986 (Drucksachen 10/4109 bzw. 10/5405) verwiesen.

3.1.4 Die Bundesregierung ist aufgefordert,

- im Politikdialog die Notwendigkeit der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung und als Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu machen sowie reformbereite Entwicklungsländer in ihrer marktwirtschaftlichen Orientierung zu bestärken und sie in Fragen der Ordnungspolitik zu beraten;
- Realisierungen der Sozialen Marktwirtschaft wie die Einführung ausgewogener und effizienter Steuersysteme im Interesse einer gerechteren Einkommensverteilung sowie den Aufbau funktionstüchtiger Systeme sozialer Sicherheit nachhaltig zu unterstützen;
- alle Möglichkeiten zu nutzen, die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer zur Verbesserung des Investitionsklimas durch einen ungehinderten Kapitalfluß zu Gunsten produktiver privatwirtschaftlicher Investitionen in diesen Ländern zu begünstigen;
- die Bemühungen der Entwicklungsländer bei der Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsposition und Diversifizierung der Exportstruktur zu unterstützen sowie sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für einen erfolgreichen Abschluß der Verhand-

lungsrunde des GATT im Interesse einer weiteren Marktöffnung für Produkte dieser Länder einzusetzen;

- die Bedeutung und den hohen Stellenwert unternehmerischer Initiative und der Privatwirtschaft für einen eigendynamischen Entwicklungsprozeß bei der Planung und Durchführung aller Förderungsprogramme zu berücksichtigen;
- die Infrastrukturförderung durch Maßnahmen der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit künftig stärker auf ihren Fördereffekt für die Privatwirtschaft zu überprüfen und bestehende Hemmnisse für eine wirtschaftsnähere Förderung zu beseitigen;
- Entwicklungshilfemittel nur noch dann in staatliche Vorhaben zu investieren, wenn private Unternehmen hierfür nicht zur Verfügung stehen. Dort, wo staatliche Projekte und Programme unumgänglich sind, müssen eine wirtschaftliche Führung gewährleistet und Mißbrauch verhindert werden sowie der Nutzeffekt für eine breite Zielgruppe nachgewiesen sein.

3.2 Förderung der Institutionen der privaten Wirtschaft

3.2.1 Die Förderung der privaten Initiative in den Entwicklungsländern soll verstärkt auf eigenverantworteten Selbsthilfeorganisationen und Interessenvertretungen der Unternehmer aufbauen. Dort, wo sie noch nicht existieren, soll ihre Gründung gefördert werden.

3.2.2 Vorhaben, mit denen auch Nichtregierungsorganisationen zur Verbesserung bestehender Rahmenbedingungen beitragen können, sollen vorrangig gefördert werden (Gesetzesvorschläge, Kataster, Beamtenausbildung u. a.).

3.3 Förderung des Unternehmerpotentials

3.3.1 Das Potential an Unternehmern in Entwicklungsländern ist vorhanden. Programme der Unternehmerförderung müssen breitenwirksam und von Anfang an auf Eigenständigkeit ausgerichtet sein. Wichtigster Inhalt muß einerseits die Verbesserung der technischen und kaufmännischen Management-Fähigkeiten sein. Andererseits ist eine direkte Förderung einzelner Unternehmen durch geeignete Programme erforderlich, die eine Unterstützung auf den Gebieten Finanzierung, Technologie- und Management-Beratung gewähren. Dabei ist eine Kooperation mit ausländischen Unternehmen anzustreben.

3.3.2 Zur Unterstützung von Reformbestrebungen für bessere Rahmenbedingungen sind unternehmerische Belange stärker zu berücksichtigen.

Dies gilt insbesondere für Programme der

- Kapitalbildung und Kreditsicherung,
- beruflichen Bildung nach dem dualen System,
- Betriebsberatung einschließlich Marketing,
- Förderung einer auf den Bedarf von Kleinunternehmen ausgerichteten Infrastruktur.

- 3.3.3 Hospitanzen bei Förderprogrammen, bei Selbsthilfeorganisationen und Banken sind auszuweiten; dabei ist das Angebot in den Entwicklungsländern zu berücksichtigen.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung außerdem auf,
- 4.1 die begonnenen Arbeiten zur Einrichtung eines Programms zur selbstverwalteten Kreditversorgung für Klein- und Kleinstbetriebe in ausgewählten Entwicklungsländern zügig fortzusetzen;
 - 4.2 Maßnahmen staatlicher Förderung im Bereich des Privatsektors zu verbessern und eine bessere Koordinierung privatwirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit mit privaten Institutionen zu fördern;
 - 4.3 die Ergebnisse ihrer Bemühungen bei der Umsetzung des Konzepts zur Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern im Rahmen der alle zwei Jahre vorzulegenden Berichte zur Entwicklungspolitik darzustellen.

Bonn, den 21. Oktober 1991

Dr. Winfried Pinger
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Anneliese Augustin
Jürgen Augustinowitz
Wolfgang Dehnel
Jochen Feilcke
Karin Jeltsch
Michael Jung (Limburg)
Ursula Männle
Dr. Christian Ruck
Ulrich Schmalz
Andreas Schmidt (Mülheim)
Christian Schmidt (Fürth)
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Dr. Harald Schreiber
Dr. Paul Laufs
Wolfgang Vogt (Düren)
Michael Wonneberger
Volker Kauder
Erika Reinhardt
Heribert Scharrenbroich
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Paul Breuer
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Albert Deß
Maria Eichhorn
Wolfgang Engelmann
Dirk Fischer (Hamburg)
Herbert Frankenhauser
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Carl-Delev Freiherr von Hammerstein
Dr. Renate Hellwig
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Ernst Hinsken
Joachim Hörster
Dr. Paul Hoffacker
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Claus Jäger
Georg Janovsky
Dr. Egon Jüttner
Steffen Kampeter

Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Franz Heinrich Krey
Theo Magin
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Günter Marten
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Engelbert Nelle
Ulrich Petzold
Rosemarie Priebus
Dr. Bernd Protzner
Kurt J. Rossmanith
Roland Sauer (Stuttgart)
Heinz Schemken
Trudi Schmidt (Spiesen)
Michael von Schmude
Heinrich Seesing
Bärbel Sothmann
Karl-Heinz Spilker
Ferdinand Tillmann
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Dr. Roswitha Wisniewski
Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Ulrich Irmer
Günther Bredehorn
Jörg van Essen
Dr. Olaf Feldmann
Horst Friedrich
Jörg Ganschow
Dr. Helmut Haussmann
Dr. Burkhard Hirsch
Dr. Werner Hoyer
Jürgen Koppelin
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Günther Friedrich Nolting
Arno Schmidt (Dresden)
Gerhard Schüßler
Dr. Sigrid Semper
Dr. Cornelia von Teichman
Ingrid Walz
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Burkhard Zurheide
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

